

Niederschrift

über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Werksausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe
am Dienstag, **28.06.2011**, 17:37 Uhr - 19:07 Uhr,
Raum 2/2, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frank Baumann, Olaf Dreßen (Vertretung für Herrn Dr. Dietmar Erber), Gilbert Hartmann, Horst Kisnat, Karl-Hans Sonnabend (Vertretung für Herrn Ludger Albacht)

von der SPD-Fraktion

Wilfried Denz, Lars Wieneke, Maria Winkel

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Stefan Kubel (Vertretung für Herrn Gerhard Jokschi), Thomas Marczinkowski (Vertretung für Frau Dr. Rita Stein-Redent)

von der FDP-Fraktion

Hans Varnhagen

von der Fraktion DIE LINKE.

Iris Toulas

Vertreter/innen der Beschäftigten

Rainer Eisen, Thomas Giesbert, Monika Holtmann (Vertretung für Herrn Rolf Kuschel), Gregor Koprowski, Karsten Markfort, Hugo Tork

von der Verwaltung

Sabine Beckmann, Helga Bickeböller, Ulrike Eichwald (bis nach Punkt 4 der Tagesordnung), Patrick Hasenkamp, Dr. Annemarie Janetzki, Gregor Walterbusch, Christian Wedding

für die Schriftführung

Georg Homann

Es fehlten:

Ludger Albacht, Dr. Dietmar Erber, Gerhard Joks, Rolf Kuschel, Dr. Rita Stein-Redent,

Gäste:

Martin Treder

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 10. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Werksausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe am 28.06.2011

Tagesordnung

- | | | |
|----------------------------|----|--|
| | 1. | Genehmigung der Tagesordnung |
| | 2. | Anmerkungen zur Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0334/2011</u>
II | 4. | Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der AWM für das Wirtschaftsjahr 2010 |
| <u>V/0210/2011/1</u>
II | 5. | Weiterentwicklung des Winterdienstes in der Stadt Münster |
| | 6. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Keine Wortmeldungen.

Punkt 2 der Tagesordnung**Anmerkungen zur Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung**

Keine Wortmeldungen.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

- 3.1 Herr Hasenkamp berichtete, die Zusammensetzung des Arbeitskreises zur zukünftigen Abfallwirtschaft sei bislang noch nicht geklärt. Bisher habe sich Frau Toulas (DIE LINKE) gemeldet. Er bat die anderen Ratsfraktionen, Vertreter zu benennen. Herr Varnhagen gab zu Protokoll, er nehme seitens der FDP-Fraktion teil.
- 3.2 Herr Hasenkamp berichtete, das Verwaltungsgericht Münster habe sich in dem Rechtsstreit zwischen der Stadt Münster und der Dualen System Deutschland GmbH über die Erfassung von Papier / Pappe / Kartonagen als örtlich unzuständig erklärt und das Verfahren an das Verwaltungsgericht Köln verwiesen. Die offenen Forderungen der AWM gegenüber dem DSD belaufen sich bereits auf ca. 1.000.000 €.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0334/2011

Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der AWM für das Wirtschaftsjahr 2010

Frau Toulas erbat nähere Informationen zu den Wertpapieren, die als Finanzanlagen unter III auf der Aktivseite genannt seien. Frau Bickeböller erläuterte, diese Papiere seien überwiegend festverzinslich angelegt. Sie bot Frau Toulas an, sich in einem persönlichen Gespräch im Finanzdezernat einen konkreten Überblick zu verschaffen.

Herr Wieneke merkte an, die Übersicht der Mitglieder des Werksausschusses (Seite 18 des Geschäftsberichts) sei nicht gänzlich korrekt. Er selbst sei ab dem 09.06.2010 Ausschussmitglied; außerdem habe Frau Winkel ab dem 29.09.2010 die Nachfolge von Herrn Bürgermeister Wigger angetreten.

Frau Winkel bat um Auskunft, welche Kosten für den Druck des Geschäftsberichts angefallen seien. Herr Varnhagen schlug vor, diese Angaben in das Protokoll aufzunehmen. *(Anmerkung: Die Druckkosten für den Geschäftsbericht und das Beilageheft betragen insgesamt ca. 3.900 € incl. MwSt.)*

Herr Hasenkamp wies darauf hin, dass in dem Beschlussvorschlag eine Zuführung an den allgemeinen Haushalt in Höhe von ca. 918.000 € enthalten sei.

Der Ausschuss empfahl dem Rat die Annahme der Vorlage einstimmig:

I. Sachentscheidung:

1. Der in der Anlage beigefügte Jahresabschluss der AWM für das Geschäftsjahr 2010 (Bilanz, GuV und Anhang) wird festgestellt.
2. Der Lagebericht (Anlage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Der von den AWM erwirtschaftete Jahresüberschuss beträgt 2.131.472,04 €.

Davon werden

- der allgemeinen Rücklage 1.123.140,05 €
- dem allgemeinen Haushalt 918.060,34 €
- dem SOPO aus BGA DSD-Überschüssen 65.791,21 €
- dem SOPO aus BGA Photovoltaik-Überschüssen 13.100,25 €
- dem SOPO aus BGA Straßenreinigungs-Überschüssen 5.263,70 €
- dem SOPO aus BGA Containerdienst-Überschüssen 6.116,49 €

zugeführt.

4. Dem Werksausschuss wird für das Wirtschaftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0210/2011/1**

**Weiterentwicklung des Winterdienstes in der Stadt
Münster**

Es lagen zwei schriftliche und zwei mündliche Anträge vor.

Die FDP-Fraktion beantragte:

„Über die im Beschlussvorschlag enthaltenen Beschlusspunkte 4. – 8. wird derzeit noch nicht beraten oder entschieden. Vielmehr werden diese Punkte zur Vorberatung in der nächsten Sitzungskette an die Bezirksvertretungen verwiesen. Eine abschließende Beschlussfassung erfolgt dann in der Ratssitzung am 21.09.2011. Die nachfolgend beratenden Gremien werden gebeten, entsprechend zu entscheiden.“

Bis zu diesen Beratungen legt die Verwaltung den Gremien einen Erfahrungsbericht über die Erfahrungen anderer Städte mit der Einbindung von Landwirten, Lohnunternehmern, Garten- und Landschaftsbaubetrieben und weiteren Dritten in den Winterdienst vor.“

Die SPD-Fraktion beantragte:

„Im Beschlussvorschlag werden nach Punkt 9 die beiden folgenden Punkte neu eingefügt:

10. Die Verwaltung wird beauftragt, in einer weiteren Vorlage die verschiedenen alternativen Modelle zur Finanzierung des Winterdienstes (Mittelbereitstellung im Haushalt, Finanzierung über Straßenreinigungsgebühren, Finanzierung über die Grundsteuer) vergleichend mit ihren jeweiligen Auswirkungen gegenüberzustellen.

11. Die Verwaltung wird beauftragt, in einer weiteren Vorlage noch vor dem Winter 2011/2012 Verbesserungsmöglichkeiten der Kommunikation beim Winterdienst mit der Bürgerschaft zu erarbeiten. Das Konzept soll insbesondere die Einrichtung einer Hotline zur Beantwortung von Fragen und Lösung von Problemen, die Schaffung eines entsprechenden Angebotes im Internet inklusive der Veröffentlichung der Prioritätseinteilungen des Straßennetzes, sowie die Entwicklung eines Flyers beinhalten, der die Bürgerinnen und Bürger über die Leistungen der AWM im Hinblick auf den Winterdienst und die eigenen Pflichten informiert.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte mündlich: „Über die Vorlage wird im Werksausschuss zwar beraten, aber nicht abgestimmt. Die Beratungskette bleibt ansonsten unverändert.“

Die CDU-Fraktion beantragte mündlich: „Über Ziffer 4. des Beschlussvorschlages wird nicht abgestimmt, da noch Informations- und Beratungsbedarf besteht. Die Verwaltung wird gebeten, die fehlenden Informationen so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, dass eine Beschlussfassung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 12.07.2011 möglich ist.“

Die Verwaltung nahm zu den Anträgen wie folgt Stellung:

Zum Antrag der FDP-Fraktion: Herr Hasenkamp berichtete, eine evtl. Aufnahme der Bezirksvertretungen in die Beratungsfolge der Vorlage sei vorab geprüft worden.

Zum Antrag der SPD-Fraktion: Herr Hasenkamp berichtete, der dort genannte Flyer existiere bereits. Eine Verbesserung des Internet-Angebotes sowie eine neue telefonische Hotline seien in Arbeit. Für die evtl. Finanzierung über die Grundsteuer lägen Modellberechnungen vor; ein entsprechendes Papier aus dem Finanzdezernat vom 21.06.2011 wurde verteilt. Frau Bickeböller ergänzte, die Verwaltung halte die Einführung einer Winterdienstgebühr für sehr problematisch. Die Erhebung sei nur mit erheblichem Aufwand möglich; außerdem sei mit hohen Gebührenschwankungen zu rechnen. Eine Erhöhung der Grundsteuer empfehle sie derzeit nicht.

Zum Antrag der CDU-Fraktion: Frau Bickeböller sagte zu, dass die Fraktionsvorsitzenden rechtzeitig vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften ein Schreiben mit ergänzenden Informationen erhalten.

Herr Denz bat darum, die Informationsunterlagen des INFA dem Protokoll beizufügen. Herr Hasenkamp sagte dies zu (*siehe Anlage*).

Herr Varnhagen schloss die Diskussion. Er wies darauf hin, dass ausschließlich der Beschlussvorschlag zur Abstimmung stehe, nicht jedoch die Begründung der Vorlage.

Herr Varnhagen stellte zunächst den weitest gehenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Abstimmung. Der Antrag wurde mit 8 Fürstimmen bei 8 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde mit 15 Gegenstimmen bei 1 Fürstimme und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit 11 Fürstimmen bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit 11 Fürstimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Daraufhin stellte Herr Varnhagen die Vorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfahl dem Rat die Annahme der Vorlage in folgender Fassung mit 11 Fürstimmen bei 7 Stimmenthaltungen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster werden zur Erhöhung des Salzvorrates am Standort Rösnerstraße die Kapazität der Salzlagerhalle erhöhen. Hierzu wird die Salzlagerhalle baulich vergrößert, so dass die Salzlagerkapazität am Standort Rösnerstraße von derzeit 1.600 Tonnen auf ca. 3.600 Tonnen erhöht wird. Die Umbaukosten betragen ca. 450.000,00 €. Bei einer angenommenen Abschreibungszeit von 30 Jahren betragen die jährlichen Ab-

schreibungskosten 15.000,00 € sowie die kalkulatorische Verzinsung ca. 15.750,00 €. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kann eine Umsetzung dieser Maßnahme wahrscheinlich erst im Laufe des Jahres 2012 erfolgen.

2. Das im Winter 2010/2011 eingerichtete Vorratszwischenlager für Salz in Nottuln-Appelhülsen mit derzeit 3.300 Tonnen wird zunächst bis zum Verbrauch des dort lagernden Salzes weiterbetrieben. Nach Fertigstellung der Erweiterung der Salzhalle an der Rösnerstraße wird dieses Lager aufgegeben. Die Kosten betragen pro m² Lagerfläche 3,27 €/Monat. Derzeit sind 750 m² Lagerfläche angemietet. Die Mietkosten betragen somit pro Jahr 29.430,00 €. Im Bedarfsfall wird dann das Salz nach Münster transportiert. Hier entstehen Kosten in Höhe von ca. 4,50 € pro Tonne. Dies sind bei ca. 2.900 Tonnen (400 Tonnen sollen bereits vor dem Winter 2011/2012 zum Lager Rösnerstraße transportiert werden (Kosten 1.800,00 €)) ca. 13.050,00 €.
3. Bei der Fa. Eurovia, Eulerstraße, werden 500 m² zur Lagerung von abstumpfenden Mitteln angemietet. Die Mietkosten betragen 12.000,00 € pro Jahr.
4. **(ohne Beschlussfassung geschoben)**
5. Zur Optimierung der Fahrbahnräumung werden zusätzlich drei Fahrzeuge mit Winterdienstgeräten (Schneepflüge, Streuer) ausgerüstet. Die Beschaffungskosten liegen bei 180.000,00 €, was bei einer achtjährigen Abschreibung jährliche Kosten in Höhe von 22.500,00 € sowie kalkulatorische Zinsen in Höhe von ca. 6.300,00 € nach sich ziehen.
6. Zur Optimierung der Gehwegräumung werden die städtischen Ämter mit zusätzlichen handgeführten motorbetriebenen Räumgeräten ausgestattet. Die Beschaffungskosten liegen bei 85.000,00 €, was bei einer achtjährigen Abschreibung jährliche Kosten in Höhe von 10.625,00 € sowie kalkulatorische Zinsen in Höhe von ca. 2.975,00 € nach sich ziehen.
7. Behindertenparkplätze auf städtischen Flächen werden in die Standardgehwegräumung mit aufgenommen. Die Bereitschaftskosten hierfür betragen 9.500,00 €. Die zusätzlichen Kosten pro Einsatz betragen ca. 2.700,00 €.
8. Reine Wohn- und Anliegerstraßen werden weiterhin im Winterdienst nicht bedient.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Spätherbst mit Verbänden und Initiativen die Möglichkeiten zur Bildung quartiersnaher Konzepte für die Versorgung mit Lebensmitteln Medikamenten etc. zu erörtern und umzusetzen.
10. **Die Verwaltung wird beauftragt, in einer weiteren Vorlage die verschiedenen alternativen Modelle zur Finanzierung des Winterdienstes (Mittelbereitstellung im Haushalt, Finanzierung über Straßenreinigungsgebühren, Finanzierung über die Grundsteuer) vergleichend mit ihren jeweiligen Auswirkungen gegenüberzustellen.**
11. **Die Verwaltung wird beauftragt, in einer weiteren Vorlage noch vor dem Winter 2011/2012 Verbesserungsmöglichkeiten der Kommunikation beim Winterdienst mit der Bürgerschaft zu erarbeiten. Das Konzept soll insbesondere die Einrichtung einer Hotline zur Beantwortung von Fragen und Lösung von Problemen, die Schaffung eines entsprechenden Angebotes im Internet inklusive der Veröffentlichung der Prioritätseinteilungen des Straßennetzes, sowie die Entwicklung eines Flyers beinhalten, der die Bürgerinnen und Bürger über die Leistungen der AWM im Hinblick auf den Winterdienst und die eigenen Pflichten informiert.**

II. Kosten/Folgekosten

Die Investitionskosten des o. g. Maßnahmenpakets betragen ca. 1.055.000,00 €. Die zusätzlichen jährlichen Kosten (Abschreibung, Verzinsung, Fixkosten) betragen ca. 318.480,00 € (ohne den Transport des Salzes von Nottuln-Appelhülsen nach Münster).

Die durchschnittlichen Kosten eines großen Winterdiensteinsatzes (Räumen und Streuen in allen bisherigen Einsatzplanbereichen der Fahrbahn-, Rad- und Gehwegpläne) in Höhe von rd. 125.000,00 € verteuern sich damit aufgrund des vg. Maßnahmenpaktes um ca. 8.050,00 € (6,5%).

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

- a) Die aus der Umsetzung der Vorlage entstehenden Investitionskosten in Höhe der rd. 1,1 Mio. € werden über den Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster finanziert.
- b) Die erhöhten jährlichen Aufwendungen für den Winterdienst in Höhe von rd. 320 T€ werden von der Stadt Münster als Auftraggeber getragen. Eine entsprechende Mittelbereitstellung ist ab dem Jahr 2012 im städtischen Haushalt zu berücksichtigen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Marczinkowski berichtete, die nachgereichten Unterlagen hätten ihn erst heute erreicht. Er bat darum, im Wiederholungsfall die Vorlagen zusätzlich per Mail zu versenden. Herr Denz schlug vor, mit dieser Mail nicht die kompletten Dateien zu versenden sondern der Einfachheit halber die Links auf die entsprechenden Dokumente im Ratsinformationssystem anzugeben.

Hans Varnhagen
Vorsitz

Georg Homann
Schriftführung